**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift **Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz

**Band:** 1 (1921-1922)

Heft: 3

**Artikel:** Sozialdemokratische Gemeindepolitik in Wien

Autor: Danneberg, Robert

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-328157

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 29.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

## 15. Schriften über die Zustände in Sowjetrugland.

Galin, Dr. L., Sowjetrußland in der Wirklichkeit. Verlag Dietz, Stuttgart. 72 Seiten.

Ballod, Prof. Dr. Carl, Sowjet-Rußland. Verlag "Freiheit", Verlin. 59 Seiten.

\*Kolitscher, Artur, Drei Monate in Sowjetrußland. Verlag S. Fischer, Verlin. 255 Seiten.

\*Minsk, Friedrich, Näterußlands Not. Eindrücke von einem 8monatigen Rußlandaufenthalt in der Zeit vom September 1920 bis März 1921. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Verlin. 82 Seiten.

16. Der Rampfum die neue Internationale.

Crispien, Artur, Die Internationale. Vom Bund der Rommunisten (1847) bis zur Internationale der Weltrevolution. Verlag "Freiheit", Verlin. 51 Seiten.

\*Martow, L., Das Problem der Internationale und die russische Revo-

lution. Verlag "Freiheit", Berlin. 16 Seiten.

\*Grimm, Robert, Parteieinheit oder Parteispaltung? Rede auf dem Berner Parteitag, Dezember 1920. Verlag Soziald. Partei der Schweiz. 30 Seiten.

Iefimow, M., Die Soziologie des Volschewismus mit Vezugnahme auf das Problem der Internationale. Verlag "Freiheit", Verlin.

30 Seiten.

Protofoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22.—27. Februar 1920. Verlag Wiener Volksbuchhandlung.

# Sozialdemokratische Gemeindepolitik in Wien.

Von Robert Danneberg, Wien.

Die Gemeinden im alten Desterreich erfreuten sich im Gegensatzum Beispiel zu den preußischen Rommunen verhältnismäßig
großer Freiheit. Die Gemeindeverwaltung wurde in Dorf und
Stadt von einem aus der Mitte der Gemeindevertretung gewählten Bürgermeister geführt. Aber die in der liberalen Alera
der Sechzigerjahre geschaffene Gemeindeordnung brachte auch
ein engherziges Privilegienwahlrecht, das die Arbeiter von der
Ausübung politischer Rechte ausschloß. So wurden die Dörfer
von den Großbauern, die Industrieorte von den großen und
kleinen Unternehmern, die Städte von den Kausherren beherrscht.
Das änderte sich bis zum Beginn des Weltkrieges nur wenig.
Darum war die österreichische Gemeindepolitik unsozial und
arbeiterseindlich, vom Geiste moderner Rommunalverwaltung
unberührt. Selbst die Millionenstadt Wien, vom christlichsozialen

Rleinbürgertum regiert, trug den Anforderungen der Zeit nur

in kaum merkbarem Ausmaß Rechnung.

Der Zusammenbruch der Monarchie erzeugte auch auf diesem Gebiet einen gewaltigen Umsturz. Die Republik auch die Gemeindestube der Gesamtbevölkerung. Das gleiche Wahlrecht brachte über Nacht in vielen Sunderten Gemeinden sozialdemokratische Mehrheiten, sozialdemokratische Bürgermeister. Unerprobte, in der Verwaltung umerfahrene Vertrauensmänner der Arbeiterschaft sahen sich plöslich vor neue Aufgaben gestellt. Die Versäumnisse von Jahrzehnten sollten nun gutgemacht werden, die Schäden des Krieges, in den Gemeinden unmittelbar wirksam, sollten bekämpft werden, während die entsthronten Gemeindegewaltigen von einst sich keineswegs in das Anvermeidliche fügten, sondern den n en Verwaltern Schwierigteiten auf Schwierigkeiten bereiteten und eine Finanznot ohnegleichen die Kräfte lähmte.

Unverdrossen ging man ans Werk. Jede Maßnahme im Interesse der Silfebedürftigen, jede Beseitigung veralteter Borrechte weckte neuen Saß, mehrte die Widerstände. Die Industriegemeinden Niederösterreichs beschlossen darum nach kaum zweijähriger Tätigkeit freiwillig die Durchführung von Neuwahlen,
um den Volksentscheid anzurusen. Wir haben kaum eine Gemeinde verloren, dagegen eine ganze Unzahl neuer gewonnen,
so manche einfache Mehrheit auf eine Zweidrittelmehrheit verstärkt. Gekräftigt stehen nun die sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen da. Ist erst die Finanznot halbwegs überwunden,
werden sie ihre Leistungsfähigkeit erst recht zu zeigen vermögen.

Was bisher zuwege gebracht wurde, mag hinter dem, was alterprobte Rommunalpolitiker unter günstigeren Verhältnissen in anderen Ländern erreicht haben, zurückstehen. Immerhin ist es vielleicht nicht ohne Interesse, einiges von dem mitzuteilen, was in Wien in kaum drei Jahren zustande gekommen ist.

Um die sozialdemokratische Serrschaft in der Gemeinde wirklich zur Geltung zu bringen, mußte zunächst die G e m e i n d e- v e r f a s u n g reformiert werden. Früher war der Wiener Gemeinderat nur eine beschließende Körperschaft, die nicht den geringsten Einsluß auf die eigentliche Verwaltung hatte, eine Abstimmungsmaschine, nichts weiter. Er wählte einen Stadtrat, der alles für den Gemeinderat vorzuberaten, vieles selbständig zu erledigen hatte. Dort lasen die Verichterstatter einfach die Alnträge vor, welche die Veamten ausgearbeitet hatten, meist ohne den Akt überhaupt zu kennen. Der Vürgermeister war allgewaltig, der einzige gewählte Mann, der auf die Verwaltung Einfluß hatte. Gemeinderatsausschüsse, in denen den gewählten Vertretern mehr Spielraum geschaffen werden konnte, gab es nicht.

Nun wurde der große Verwaltungsapparat der Gemeinde — Wien beschäftigt 54,000 Angestellte und Arbeiter — neu organi= siert. Acht Gruppen wurden gebildet. Die erste behandelt alle Personalangelegenheiten, die zweite die Finanzen, die dritte die Jugendfürsorge und das Gesundheitswesen, die vierte Sozialpolitik und Wohnungswesen, die fünfte alle technischen Ungelegenheiten, die sechste alle Ernährungs= und Wirtschafts= fragen, die achte leitet die städtischen Unternehmungen, die siebente, was nicht zu den anderen Gruppen ressortiert. Für die Schulverwaltung besteht nach den österreichischen Gesetzen eine eigene Rörperschaft, der Stadtschulrat, in welchen der Gemeinderat nur Vertreter entsendet. Die Polizei ist staatlich, also nicht der Gemeinde unterstellt. Jeder dieser acht Gruppen der Verwaltung entspricht ein vom Gemeinderat gewählter Ausschuß, der die Ungelegenheiten dieser Gruppe teils endaültig zu entscheiden, teils für den Gemeinderat vorzubereiten hat. Der ständige Referent des Gruppenausschusses ist zugleich der Leiter der Verwaltungsgruppe. Er wird als amtsführender Stadtrat vom Gemeinderat gewählt. Die amtsführenden Stadträte mit dem Bürgermeister, der selbst keine Gruppe leitet, an der Spike, bilden den Stadtsenat, in dem auch noch vier vom Gemeinderat gewählte Stadträte figen, die kein Amt bekleiden. Alle Stellen der amtsführenden Stadträte nehmen die Sozialdemokraten für sich in Anspruch. Satten sie die Mehrheit im Gemeinderat und mußten sie die Verantwortung tragen, so wollten sie auch allein die Verwaltung führen. Die christlichsoziale Opposition ist durch vier nicht amtsführende Stadträte im Stadtsenat vertreten, den alle Vorlagen zu passieren haben, die aus den Ausschüssen in den Gemeinderat kommen sollen.

Nun konnte die Verwaltung auch im einzelnen umgestaltet werden. Ueberslüssige Alemter wurden aufgelassen, andere, die notwendig waren, wurden vergrößert oder neu geschaffen, wie das städtische Wohnungsamt, Siedlungsamt, eine Rleingartenstelle, ein Jugendamt. Manche Verwaltungsabteilungen, die zweckmäßiger kaufmännisch und nicht bureaukratisch zu führen waren, wie zum Veispiel der Fuhrwerksbetrieb, wurden als Vetr i e b e neu organisiert. Unabhängig von der Verwaltung wurde ein Rontrollamt geschaffen, das das Recht unmittelbarer Verichterstattung an den Gemeinderat hat.

Die sozialdemokratische Verwaltung versuchte immer wieder, die Bezüge der städtischen Ungeste ellt en der in Desterreich stets sinkenden Kaufkraft des Geldes anzupassen. Sie hat nunmehr auch den Pensionisten zugesichert, daß ihre Bezüge jeweils so festgesett werden, als ob sie mit den für ihre Gruppe gegenwärtig geltenden Bezügen pensioniert worden wären. Die Lasten

waren nur erträglich, wenn jeder städtische Angestellte sein Bestes für die Gemeinde leistete. Darum wurden Maßnahmen zur intensiveren Ausnüßung der Arbeitszeit getroffen. Die Gemeinde konnte die Fülle neuer Aufgaben bewältigen, ohne neues Per-

sonal einzustellen.

Alls besondere Einrichtung darf hervorgehoben werden, daß den städtischen Angestellten das Recht zusteht, in den einzelnen Alemtern Personal vertretet ung en zu wählen, welche unter anderem Ternavorschläge für durch Ernennung zu besetzende Stellen und Leiterstellen zu erstatten und auch sonst in allen Personalangelegenheiten mitzuwirken haben. Die Spise bildet eine Personalkommission, in welcher neben elf gewählten Gemeindevertretern zehn Vertreter des Personals sisen. In den Disziplinarsenaten sisen neben dem vom Vürgermeister bestimmten Vorsissenden vier Vertreter der Angestellten. Die Diensteordnung, welche die Rechte des Personals regelt, darf nur mit Zustimmung des Personals geändert werden. Die Gemeinde hat also darauf verzichtet, das Angestelltenrecht selbständig zu gestalten.

Etwa die Sälfte der Gemeindeangestellten untersteht nicht der Dienstordnung, sondern hat ein durch Tarifverträge geregeltes Urbeitsverhältnis. Der Gemeinderat hat für diese Verträge Leitsätze beschlossen, deren wesentliche Vestimmungen

find:

Ein Arbeitsvertrag darf nur mit der gewerkschaftlichen Organisation geschlossen werden, welche von der Mehrheit der Arbeitnehmer des betreffenden Gemeindebetriebes bezeichnet wird. Ob die Gewerkschaftsorganisation der Minderheit den Verhand= lungen beizuziehen ist, entscheiden die Arbeiter selbst. Die Grundlage für die Lohnregelungen bilden die Verträge, die in den betreffenden Berufen jeweils bestehen. So gilt für die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke der Metallarbeitervertrag, für die Alrbeiter der städtischen Gaswerke der Vertrag der Alrbeiter der chemischen Industrie usw. Die Arbeiter werden in nicht= ständige, ständige und definitive eingeteilt. Alls ständige Arbeiter gelten solche, die bei ihrer Alufnahme als ständig in Alussicht genommen wurden und mindestens ein Jahr ununterbrochen im Gemeindedienst stehen. Darüber erhält der Arbeiter eine schrift= liche Mitteilung. Nach fünfjähriger ununterbrochener Verwendung wird der ständige Alrbeiter definitiv, wobei jedoch die vor Vollendung des achtzehnten Lebensjahres vollstreckte Dienst= zeit außer Betracht bleibt. Die Entlassung definitiver Arbeiter darf nur auf Grund eines Disziplinarerkenntnisses erfolgen, ferner, wenn der Arbeiter wegen eines Verbrechens rechts= kräftig verurteilt worden ist oder ohne stichhältigen Grund länger

als 72 Stunden vom Dienste fernbleibt, wobei als stichhältiger Grund der Streikbeschluß der zuständigen Gewerkschaft ausdrücklich bezeichnet ist; ferner, wenn der Alrbeiter über ein Jahr frank ist, in welchem Falle aber eine Reaktivierung mit Unrechnung der früheren Dienstzeit möglich ist; bei Auflösung des Betriebes, soferne der Arbeiter einen angemessenen anderen Dienst, der ihm angeboten wird, nicht annimmt; bei nachweis= barem Mangel an Verläßlichkeit. Die Alrbeiter haben nach zehnjähriger Dienstzeit Anspruch auf Ruhegenuß, beziehungs= weise Versorgungsgenüsse für die Sinterbliebenen. Die Witwenrente beträgt die Sälfte der Pension. Die unversorgten Rinder, eheliche und uneheliche, erhalten bis zum zwanzigsten Lebens= jahr einen Erziehungsbeitrag. Ueber die Durchführung der Pensionsbestimmungen wird derzeit verhandelt. Die Arbeiter der Gemeinde sind nicht gegen Krankheit versichert, erhalten jedoch während der ersten sechs Monate der Krankheit den vollen Lohn, während weiterer sechs Monate den halben Lohn, also weit mehr, als die Rrankenversicherung bietet. Die an den Inaestellten der Gemeinde von der früheren christlichsozialen Verwaltung verübten Brutalitäten wurden gutgemacht und die wegen ihrer Gesinnung vor Jahren entlassenen Arbeiter wieder in den

Gemeindedienst aufgenommen. Nach dem Zusammenbruch des alten Desterreich schien die Zukunft Wiens außerordentlich gefährdet. Wird die Stadt sich als Sandelszentrum behaupten können, obwohl der Binnenhandel durch den Zerfall der Monarchie im Wesen ein Außenhandel geworden ist? Wird die große Industrie Wiens bestehen tönnen, wenn ihr die Rraftquellen fehlen? Die deutschöster= reichische Republik hat nur unbeträchtliche Rohlengruben, nur etwa den hundertsten Teil des Rohlenreichtums des alten Desterreich. Das Wiener Gaswerk ist ausschließlich auf Ostrauer, also tschechische Rohle, angewiesen. Die Wasserkräfte wurden im alten Desterreich nicht ausgenützt. Darum hatte Wien zu= nächst mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Starke Droffelungen, welche zeitweise zu wesentlicher Einschränkung der Betriebe führten, waren nicht zu vermeiden, zähe Arbeit brachte Besserung. Das städtische Elektrizitätswerk wurde zum Teil für Rohölfeuerung umgestaltet. Das Braunkohlenbergwerk an der niederöfterreichisch=burgenländischen Grenze, das eine Lleberland= zentrale der Stadt Wien speist, wurde fortgesett erweitert. Die Gemeinde beteiligte sich an verschiedenen Versuchen, Rohle zu beschaffen. Vor allem aber hat sie den Ausbau der Wasser= fräfte in Angriff genommen. Der Bau des niederöfterreichischen Abbswerkes, dessen Durchführung 34 Millionen Goldkronen erfordert, wurde kürzlich begonnen. In vier Jahren wird

der erste Teil vollendet sein und 16,000 Waggons Rohle werden jährlich erspart werden. Vanktapital ist beteiligt, die Taris-hoheit bleibt aber der Gemeinde allein gewahrt. Ein noch größeres Wasserwerk wird vorbereitet. Wie notwendig der Ausbau des Elektrizitätswerkes ist, erhellt daraus, daß — von den Vedürfnissen der Industrie ganz abgesehen — noch mehr als 400,000 Wiener Wohnungen elektrische Veleuchtung entbehren müssen. Immerhin konnte die Jahl der Konsumenten des Elektrizitätswerkes von 92,500 im Januar 1914 auf 220,000

im Oftober 1921 gesteigert werden.

Die furchtbaren Folgen des Rrieges, der außerordentlichen Un= strengungen und Entbehrungen der Leidensjahre, kamen als über= große Sterblichkeit und starker Geburtenrückgang zum Ausdruck. Die Bevölkerungszahl Wiens nahm ab. Die Stadt hat, zum Teil auch durch Abwanderung, eine Viertelmillion Menschen verloren. Die Fürsorgeeinrichtungen Wiens waren den Un= forderungen der Zeit nicht mehr gewachsen. Eine völlige Neuorganisierung ist im Zuge. Die Größe der Aufgabe erkennt man daran, daß in den Verforgungshäufern der Gemeinde gegenüber 6000 Menschen im Jahre 1913 nun 12,000 Insassen verpflegt werden müssen; daß die städtischen Waisenhäuser 1000 Kinder und zwei Durchzugsheime 700 Kinder beherbergen. Die anderen Sumanitätsanstalten, wie das städtische Krankenhaus, die Irrenhäuser usw. eingeschlossen, beherbergen 40,000 Menschen, die von der Gemeinde erhalten werden müffen. Außerdem bekommen 37,000 alte Männer und Frauen "Pfründen", regelmäßige monatliche Unterstüßungen in Geld und Naturalien. Den Unterschied zwischen den bevorrechteten Bürgern und den anderen Gemeindebewohnern bei der Bemessung dieser Unterstützungen hat die sozialdemokratische Verwaltung beseitigt.

Die Tuberkulose galt immer als die Wiener Krankheit. Uber erst die sozialdemokratische Verwaltung hat den Rampf gegen sie aufgenommen. Unter anderem wurde eine Lungenheilstätte errichtet. Für die städtischen Väder erhält der siebente

Teil der Besucher Freikarten.

Besondere Fürsorgemaßnahmen gelten den Rindern. Die ausländischen Silfsaktionen wurden von der Gemeinde nach Rräften gefördert, die Ausspeisungen der Schulkinder von der Gemeinde wesentlich unterstüßt. 161 Schulärzte sind tätig, Schulzahnkliniken wurden eingerichtet. Ein Verufsberatungs= amt wurde geschaffen, das insbesondere Rindern beim Schulaustritt hilfreich zur Seite steht. Ein großes städtisches Jugendamt leitet all diese Aktionen. In jedem der 21 Stadtbezirke wird ein Wohlf ahrtsamt organisiert, das alle Fürsorge= einrichtungen einheitlich zu gestalten hat. Die Folgen dieser

anstrengenden Tätigkeit zeigen sich bereits. Die Rindersterblichkeit hat erheblich abgenommen, die Gesundheitsverhältnisse werden

wieder besser.

Mit außerordentlichen Schwieriakeiten hat die Gemeinde auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu kämpfen. Eine während des Krieges erzwungene Mieterschutzverordnung hat die Mieter vor willkürlicher Kündigung und Mietzins= steigerung geschütt. Diese Verordnung, als Notstandsmaßnahme in erster Linie für Rriegerfrauen gedacht, besteht noch weiter, obwohl die Kausherren dagegen Sturm laufen. Denn infolge dieser Verordnung, welche Zinssteigerungen nur im Verhältnis zu den Mehrausgaben des Hausbesitzers zuläßt, worüber eigene Mietsenate zu entscheiden haben, durften die Mietzinse bisher im Durchschnitt kaum verdoppelt werden, während die Preise der anderen Bedarfsaegenstände um das Sundertfache bis Fünfhundertfache gestiegen sind. Die Hausberren sind also wie die Rentner durch die Geldentwertung schwer getroffen. Die Gemeinde hatte sich vor dem Kriege unter dem Einfluß der Haußherren um die Wohnungsfrage überhaupt nicht gekümmert. In keiner Größstadt Europas wohnen die Massen so schlecht wie in Wien, war der Hausbesitzerübermut arößer als hier. Als Mindestmaß der notwendigen Wohnungsreserve gelten drei Prozent Leerstehungen. Da in Wien kaum ein Prozent der Wohnungen leer war, stand Angebot und Nachfrage in einem argen Mißverhältnis. Es ist begreislich, daß angesichts solcher Vorkriegsverhältnisse und des vollkommenen Aufhörens der Bautätigkeit während des Krieges die Wohnungsnot außerordentlich groß geworden ist. Da zunächst an Neubauten nicht zu denken war, weil die neuen Wohnungen nur zu unerschwing= lichen Mietzinsen hätten abaegeben werden können, mußte die Gemeinde den entscheidenden Einfluß auf dem Wohnungsmarkt zu erlangen versuchen, um eine möglichst gerechte Verteilung der Wohnräume zu erreichen. Eine Verordnung über die Wohnungsanforderungen, die im heurigen Frühjahr verschärft wurde, entzog den Hausbesitzern das Verfügungs recht über ihr Eigentum fast vollständig. Jede Wiener Wohnung, die frei wird, gilt als angefordert und darf nur von der Gemeinde vergeben werden. Jeder Wohnungstausch ist an die Zustimmung der Gemeinde gebunden Reine Familie darf mehr Wohnräume haben, als der Kopfzahl plus eins entspricht. Lleberzählige Wohn= räume können angefordert werden. Verzichtet die Gemeinde auf die Anforderung, weil die Räume zu eigenen Wohnungen nicht geeignet sind, so kann sie von dem Wohnungsmieter eine ent= sprechende Ablösungssumme verlangen, mit der die gleiche Zahl von Wohnräumen neu gebaut werden kann. Die Wohnungsuchenden werden von eigenen Rommissionen qualifiziert. Rommissionen weisen auch die freien Wohnungen zu. Ein wie großer Upparat von der Gemeinde aufgeboten werden muß, beweist die Tatsache, daß das städtische Wohnungsamt derzeit fast 200 Beamte beschäftigt, neben denen eine große Zahl gewählter Gemeindefunktionäre tätig ist. Im Laufe des heurigen Jahres konnten rund 5000 Wohnungen wirklich zugewiesen werden. Das bedeutet freilich nicht viel, da nicht weniger als 25,000 Wohnungswerber als bevorzugt qualifiziert sind. Durchstechereien aller Art lassen sich nicht vollständig ausrotten, da die Gemeinde bei der Durchsührung der Verordnung nur auf geringe Mithilfe der Bevölkerung rechnen kann und ein Seer von Beamten aufgeboten

werden müßte, um allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Die Gemeinde hat darum auch Erleichterungen für Neu= bauten zu schaffen versucht. Eine neue Vauordnung gestattet Materialersparungen und erlaubt wieder Dachwohnungen; Neubauten erhalten Steuerfreiheit zugesichert. Bei Kriegsbeginn steckengebliebene Bauten hat die Gemeinde Wien auf eigene Rosten fertiggestellt. Un Baubewerber für Kleinwohnungen wurden auf 70 Jahre städtische Gründe verliehen, mit der Bestimmung, daß das Grundstück nach 70 Jahren der Gemeinde zufällt, die den Bau abzulösen hat. Auf dem früheren Truppenübungsplatz wurde eine Gartensiedlung angelegt, die bisher 311 Wohnungen zählt. Die Siedlergenoffenschaften werden gefördert, wofür die Gemeinde einen eigenen Wohnungs= und Siedlungsfonds geschaffen hat. Daneben werden die Schrebergärtner unterstütt, deren Zahl bei Kriegsende 18,500 betragen hat und gegenwärtig auf 75,000 gestiegen ist. Eine Baustoff= anstalt mit Beteiligung der Gemeinde wurde gegründet, um den Siedlern ihre Arbeit zu erleichtern. Aber eine wirkliche Lösung der Wohnungsfrage wird erst möglich sein, wenn Neubauten in großem Umfang in Angriff genommen werden können.

Alußerordentlich viel wurde auf dem Gebiete des Schul=
wesens geleistet. Infolge der Albnahme der Geburten sank
die Zahl der Schulkinder derart, daß gegenwärtig im Durchschnitt auf 25 Kinder ein Lehrer entfällt. Das hat die Durchsührung der Schulreform erleichtert. Es gelang, den neuen Lehrplan restlos in die Wirklichkeit umzuseßen, der aufgebaut ist auf
dem Grundsaß des Alrbeitsunterrichtes und der Konzentration
des Unterrichtes. Um den Lehrausgang gruppieren sich alle
Gegenstände. Der starre Stundenplan von einst ist verschwunden.
Die Seelenforschung des Kindes ist in den Mittelpunkt der
Erziehung gestellt. Neue Schulbücher wurden den Kindern in
die Hand gegeben, die Klassenlektüre wurde eingeführt. Die
Gemeinde Wien gibt allen Kindern alle Lehrbehelse kostenlos.

Sie erleichterte die Schulausflüge und die Wanderungen durch die Gewährung unentgeltlicher Fahrten auf den Straßenbahnen, den Besuch von Theatervorstellungen durch Subventionen von Schülervorstellungen. Natürlich waren so grundstürzende Reformen nur möglich, weil die Lehrer selbst dafür gewonnen wurden. Die Lehr er fort bild ung wurde in vorbildlicher Weise organisiert. Es wurden Arbeitsgemeinschaften der Lehrer gebildet, die im Schuljahr 1920/21 nicht weniger als 1600 Tagungen abhielten. Auch die Eltern mußten mit dem Schulbetrieb vertraut gemacht werden. Die Verbindung von Elternhaus und Schule wurde hergestellt. Iede Schule besitt eine Elter n ver ein is ung, für jede Schule gibt es Elternräte. Die Elternvereinigungen leisten Außerordentliches für die Schulreform. Sie beschaffen Mittel für Wanderungen, für Vüchereien und Materialien für den Alrbeitsunterricht.

Die Sorge der Gemeinde gilt aber nicht nur den normal begabten Kindern. Zu den Schulklassen für taubstumme und blinde Kinder, die schon früher bestanden haben, kamen neue Klassen für schwerhörige und stark kurzsichtige Kinder dazu. Klassen für schwachsinnige Kinder wurden neu eingerichtet, ebenso auch Silfskurse für normal begabte Kinder, die wegen Krankheit zurückgeblieben sind. Daneben gibt es Sonderkurse für besonders begabte Kinder, in denen die Lehrer unentgeltlich an den schulfreien Nachmittagen unterrichten. Llußerdem wurden eigene Kurse sür Musik, für Sprachen, sür Chemie, für Physik, sür Zeichnen und Sandsertigkeitsunterricht geschaffen. Tausend

Kräfte regen sich, ein neues Geschlecht zu erziehen.

Die Sozialdemokraten haben die Verwaltung einer verelendeten Stadt aus den Känden verbissener Arbeiterseinde unter
den denkbar schwierigsten Verhältnissen übernommen. Aber ihre Entschlossenheit und ihre Tatkraft haben alle Widerstände gebrochen. Die Sünden von Jahrzehnten konnten nicht in zwei
Jahren wieder gutgemacht werden, aber viel ist schon geleistet
worden, was Beachtung verdient. Das sozialdemokratische Wien
wird gedeihen und hofft noch manches zu vollbringen, was als
Vorbild dienen kann.

### Der russische Bauer als Revolutionär.

Von Dr. S. Vrin.

Der ruffische Vauer, der Mushik, erschien bis zur Revolution als das Symbol der Unkultur. Die Märzrevolution von 1917 zeigte ihn uns offenkundig als Träger und Vollstrecker revolutionärer Ideen. Die bolschewistische Revolution und die von